



T+ Exklusiv / „Ohne Russland geht nichts“ Wie sich AfD-Politiker für Moskaus Interessen stark machen

AfD-Abgeordnete haben eine Initiative gegen die Russland-Sanktionen gegründet. Die Aktion wirft Fragen auf. Manche Formulierungen klingen eher so, als seien sie direkt in Moskau entstanden.

Von Claudia von Salzen

Stand: heute, 12:39 Uhr



KOMMENTARE



Der Auftritt, der den AfD-Abgeordneten Steffen Kotré in Russland in die Schlagzeilen bringen wird, beginnt wie eine normale Bundestagsrede. An einem Mittwochnachmittag im Oktober, wenige Wochen vor dem Bruch der Ampel-Koalition, debattiert das Parlament über Energiepolitik.



Kotré nutzt seinen Auftritt für eine Abrechnung mit der Politik der Ampelregierung. „Beenden wir diesen Firlefan“, ruft er ins Plenum. Damit könnte seine Rede zu Ende sein.



Doch Kotré fordert noch ein Ende der Sanktionen gegen Russland und eine Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 – und fügt hinzu: „Es gibt schon längst eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegen die Sanktionen: ‚Stoppt die Sanktionen!‘ Diese Bewegung unterstützen wir, und genau das ist im deutschen Interesse.“

Ich bin überzeugt, dass unsere Position und unsere Ziele Millionen europäischer Köpfe und Herzen erreichen werden.

AfD-Bundestagsabgeordneter Steffen Kotré über „Stoppt die Sanktionen“

Über den in Deutschland angeblich wachsenden Widerstand gegen die Sanktionen berichtet daraufhin die russische Nachrichtenagentur Tass. „Die Bewegung gewinnt mit jedem Tag an Popularität“, sagt Kotré der staatlichen Agentur. Unterstützung komme von Politikern und Bürgern aus Deutschland und anderen europäischen Ländern. „Ich bin überzeugt, dass unsere Position und unsere Ziele Millionen europäischer Köpfe und Herzen erreichen werden“, so der AfD-Abgeordnete. Die Frage des Tagesspiegels, ob er da richtig zitiert worden sei, ließ Kotré ebenso unbeantwortet wie alle anderen Fragen.

Russische Medien berichten ausführlich

Weitere russische Medien berichten ebenfalls. Wladimir Sergijenko, der früher für einen AfD-Abgeordneten im Bundestag arbeitete und von deutschen Sicherheitsbehörden verdächtigt wird, „im Auftrag staatlicher russischer Stellen“ tätig zu sein, teilt den Beitrag der Tass auf seinem Telegram-Kanal.

Wer steht hinter der „Bewegung“, die von Kotré am Rednerpult des Bundestages ins Gespräch gebracht wurde? Es handele sich um eine „überparteiliche Initiative von Politikern und Unternehmern“, so die Selbstbeschreibung. Doch als Unterstützer der vor einem Jahr gegründeten Initiative werden nur Politiker der AfD genannt: zehn Bundestagsabgeordnete, dazu ein Europaparlamentarier, mehrere Landtagsabgeordnete und ein ehemaliger Parlamentarier.

Das Projekt zeigt, wie sich AfD-Politiker für Russland und seine Interessen stark machen. Zudem wirft die Initiative, die außerhalb der Parteistrukturen agiert, eine Reihe von Fragen auf. Doch dazu später mehr.

Als einziger Unternehmer, der sich gegen die Russland-Sanktionen ausspricht, tritt Frank Otto Lizureck auf, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt. Er verantwortet auch die Webseite der Initiative.

Nur AfD-Politiker gehören der „Bewegung“ an

Mehr Unterstützer hat „Stoppt die Sanktionen“ offenbar bis heute nicht. Auf die Frage, wie viele Personen sich der „Bewegung“ mittlerweile angeschlossen haben und ob neben der AfD auch weitere Parteien vertreten sind, antwortete Lizureck: „Die Unterstützer finden Sie auf unserer Homepage.“

Einer der AfD-Bundestagsabgeordneten hinter der Initiative ist Rainer Rothfuß aus Bayern. Im November vergangenen Jahres war er auf einer Konferenz in Sotschi und traf dort Russlands früheren Präsidenten Dmitri Medwedew, der eigens für das Gespräch aus Moskau angereist sei. Rothfuß sprach sich in russischen Medien für

eine „Normalisierung der Beziehungen zu Russland“ aus. Im Jahr 2016 organisierte er eine „Friedensfahrt“ nach Moskau.

Auch Kotré hat schon manche Russland-Reise hinter sich: So fuhr er 2018 als Beobachter zur Präsidentenwahl nach Moskau. Dort verkündete er, es habe bei der Abstimmung „keine Unregelmäßigkeiten“ gegeben.

Als Unterstützer von „Stoppt die Sanktionen“ taucht zudem der AfD-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah auf, der Kontakte zum Netzwerk eines prorussischen Oligarchen pflegte. Bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden läuft derzeit ein Vorermittlungsverfahren gegen Krah, in dem es um mögliche russische Zahlungen geht. Der AfD-Politiker bestreitet die Vorwürfe.



Der AfD-Politiker Maximilian Krah, bisher Europaabgeordneter seiner Partei, sitzt seit diesem Jahr im Bundestag. © AFP/Ronny Hartmann

Den Ruf, ungewöhnlich russlandnah zu sein, hat innerhalb der AfD-Fraktion zudem der ehemalige außenpolitische Sprecher Matthias Moosdorf, der ebenfalls die Initiative „Stoppt die Sanktionen“ unterstützt. Er übernahm im vergangenen Jahr eine Honorarprofessur an einer Moskauer Musikhochschule. Schirmherrin von „Stoppt die Sanktionen“ ist die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum.

Die Sanktionspolitik der EU und der Bundesregierung habe die deutsche Wirtschaft „in eine schwere Krise geführt, die ungebremsst jeden weiteren Monat zu Geschäftsaufgaben, wirtschaftlichen Abwanderungen und sozialem Elend führt“, sagte Lizureck dem Tagesspiegel. Dies hätten die Initiatoren von „Stoppt die Sanktionen“ schon lange erkannt.

Auch die AfD plädiert für ein Ende der Russland-Sanktionen. Warum gründen Abgeordnete der Partei dennoch extra eine Initiative, um dieses Thema in die Öffentlichkeit zu tragen? Warum wollen sie den Anschein von Überparteilichkeit erwecken? Wäre es für ihre Partei

nicht viel gewinnbringender, sie verträten diese Positionen als Repräsentanten der AfD?

Die neue Organisation ist zudem mit Arbeitsaufwand verbunden: Auf ihrer Webseite veröffentlicht sie fast täglich Nachrichten, die offensichtlich ganz auf das Teilen in den sozialen Medien ausgelegt sind: eine oft drastische Überschrift, ein Foto – gern mit dunklen Wolken im Hintergrund – und ein knapper Text. Ein paar Beispiele:

„EU und USA eskalieren weiter – doch Russland bleibt stabil“

„Deutschland vor dem wirtschaftlichen Absturz:
Massenentlassungen, Rezession und Regierungsversagen!“

„Ohne Russland läuft nichts“

„Ungarn setzt ein Zeichen: Sanktionen gegen Putin-Vertraute
aufgehoben“

„Westliche Selbsttäuschung: Russland trotzt dem Westen – EU
zahlt weiter“

Im November 2024 erscheint auf der Webseite von „Stoppt die Sanktionen“ ein längerer Beitrag, in dem wegen der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines „Reparationen“ gefordert werden. Der Anschlag sei „ein gezielter Angriff auf unser Land und auf unsere wirtschaftlichen Grundlagen, der nicht toleriert werden darf“. Die Ukraine müsse für den entstandenen Schaden haften und solle bis dahin keine weitere Unterstützung erhalten.



Auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee wurde im September 2022 ein Anschlag verübt.
© DANISH DEFENCE / AF / HANDOUT

In der deutschen Öffentlichkeit folgt auf diese Erklärung kein Medienecho. Dagegen berichten mehrere staatlich gelenkte russische Medien prompt über die Forderung.

Wer den Text der Erklärung aufmerksam liest, dem fallen äußerst ungewöhnliche Formulierungen auf:

„Der Terrorakt gegen Nordstream muss unverzüglich und vollständig vergütet werden.“ Irritierend ist hier das Wort „vergüten“ – im Deutschen würde man den Begriff „entschädigen“ benutzen.

An anderer Stelle heißt es: „Ein ehemaliger ukrainischer Geheimdienstler gibt sich in aller Dreistigkeit der Zerstörung der Pipelines rühmlich – mit dem abscheulichen Ziel, eine russische Einnahmequelle zu vernichten.“

Verdacht, dass Texte in Russland geschrieben wurden

Hier wird eine im Deutschen nicht gebräuchliche Formulierung verwendet („sich rühmlich geben“). Die stark emotional aufgeladene Wortwahl („abscheulich“, „in aller Dreistigkeit“) ist in dieser Form selbst für AfD-Verhältnisse unüblich.

Diese Passagen legen den Verdacht nahe, dass der Text ursprünglich in russischer Sprache verfasst und dann etwas zu wörtlich ins Deutsche übertragen wurde. Mittlerweile ist der Beitrag von der Webseite verschwunden.

Gab es für den Text eine russische Vorlage? Und wenn ja, was sagt das über die Initiative aus? Erhält sie direkte oder indirekte Unterstützung aus Russland oder zumindest von russischsprachigen Akteuren?

Verfassungsschutz: Es geht um Diffamierung des politischen Systems

Auf die Frage des Tagesspiegels, warum der Beitrag mit der Forderung nach Reparationen von der Webseite verschwunden sei, antwortete Lizureck, die Seite werde „ständig aktualisiert“. Andere ältere Beiträge sind allerdings noch auffindbar.

Wer die Texte schreibt, ließ der AfD-Politiker offen. Der Inhalt sei „Produkt einer regen Diskussion mit den politisch und wirtschaftlich engagierten Mitgliedern und Unterstützern unserer Initiative“, teilte Lizureck mit. „Uns ist keine russische Vorlage bekannt.“

Eine finanzielle, inhaltliche oder sonstige Unterstützung aus Russland, von russischen Gesellschaften, Organisationen oder ähnlichen Akteuren gebe es nicht, sagte der AfD-Landtagsabgeordnete. Die Schirmherrin Baum antwortete auf entsprechende Fragen des Tagesspiegels, „dass wir uns, und besonders ich als Volksvertreterin der Alternative für Deutschland, ausschließlich den deutschen Interessen verpflichtet fühlen“.

Mit „Stoppt die Sanktionen!“ dient die AfD Sachsen-Anhalt (...) dem Interesse der

russischen Staatsführung, in der deutschen Bevölkerung Zweifel an der Berechtigung und dem Nutzen der internationalen Sanktionspolitik zu schüren.

Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt in einem Bericht

Der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt, der die Initiative in seinem aktuellen Bericht erwähnt, geht jedoch davon aus, dass diese eher russische Interessen vorantreibt: „Mit „Stoppt die Sanktionen!“ dient die AfD Sachsen-Anhalt zum einem dem Interesse der russischen Staatsführung, in der deutschen Bevölkerung Zweifel an der Berechtigung und dem Nutzen der internationalen Sanktionspolitik zu schüren.“ Zum anderen ziele die Agitation auf eine „Diffamierung des gesamten politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und seiner wesentlichen Vertreter“.

Eine „Freundschaftsfahrt“ nach Kaliningrad

Im Juni vergangenen Jahres reiste Lizureck gemeinsam mit seinem AfD-Landtagskollegen Hans-Thomas Tillschneider und weiteren Personen nach Kaliningrad. Von einer „Freundschaftsfahrt“ war die Rede. Mehrere Mitglieder der Delegation, darunter Lizureck, ließen sich auf dem Siegesplatz mit Fahnen in den Farben Deutschlands und Russlands filmen.

Über den Besuch in Kaliningrad berichtete Lizureck später im Magdeburger Landtag: „Wir konnten da keine treffenden Sanktionsschäden feststellen. Wir haben Leute gesehen auf der Straße, die allesamt vernünftig gekleidet waren. Wir haben volle Geschäfte gesehen.“ Mitunter sei das Lebensniveau in Russland besser als in Deutschland. „Ich konnte da keinen Mangel feststellen.“

Anlass für diesen Wortbeitrag im Parlament war ein Antrag der AfD, in dem die Fraktion Unterstützung für die Initiative „Stoppt die Sanktionen“ fordert. Diese „überparteiliche Bewegung“ sei „ein Beitrag zur Förderung des deutschen Interesses“, heißt es in dem Antrag.

Demo mit Fackeln in einer Kleinstadt

Die AfD in Sachsen-Anhalt versuchte in den vergangenen Monaten einiges, um die Initiative bekannt zu machen. Im März lädt sie zu einer Tagung der Landesfachausschüsse. Im Saal der Gaststätte „Zum Schäfchen“ in Schnellroda lehnen große gerahmte Plakate mit dem Logo der Initiative an den Wänden. Am Vormittag steht das Thema „Wie uns Wirtschaftssanktionen schaden“ auf dem Programm. Vor rund 100 Zuhörern reden Krah, Rothfuß,

Tillschneider und Jurij Kofner, Mitarbeiter der AfD im bayerischen Landtag.

Die Initiative „Stoppt die Sanktionen“ organisiert sogar eine Demonstration. Die Kundgebung findet im Oktober 2024 in Querfurt statt, einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt mit etwa 10.000 Einwohnern, in der Tillschneider wohnt. Aufnahmen der Kundgebung zeigen eine überschaubare Zahl von Teilnehmern, die mit Fackeln durch Querfurt ziehen.

Lesen Sie außerdem bei Tagesspiegel Plus:

- **T+ Jetzt wollen auch die Kinder Spione werden** Was aus Putins freigelassenem Agenten-Pärchen wurde
- **T+ „Wie ein Leben nach dem Tod“** Kremlgegner Oleg Orlov über das erste Jahr in Freiheit
- **T+ Umstrittene Russland-Kontakte** Als Platzeck von Lawrow den „Orden der Freundschaft“ bekam

Wenn man Aufmerksamkeit für ein Anliegen will, würde man eine Demo dann nicht in Berlin, Magdeburg oder einer anderen Großstadt organisieren, um mehr Menschen zu erreichen? Oder geht es gar nicht so sehr darum, in Deutschland wahrgenommen zu werden? Aus „organisatorischen Gründen“ habe die Kundgebung in Querfurt stattgefunden, sagt Lizureck.

Der AfD-Abgeordnete Kotré erwähnte vor einigen Wochen im Bundestag noch ein weiteres Mal die „Antisanktionsbewegung“. Sicherheitshalber veröffentlichte er dazu einen Beitrag auf Instagram, den er mit den Worten einleitete: „Warum unterstütze ich die Bewegung ‚Stoppt die Sanktionen?‘“

Doch auf Instagram, X und Facebook hat die Initiative ein Jahr nach Gründung kaum Follower, nur auf Telegram erreicht sie mehr als 6000 Accounts. Eine öffentliche Resonanz auf die angebliche „Bewegung“ gibt es in Deutschland praktisch nicht – ganz anders als in Russland.

[Zur Startseite](#)

[AfD](#) [Bayern](#) [Deutscher Bundestag](#) [Die EU](#) [Russland](#) [Sachsen-Anhalt](#)

[Impressum](#)

[Kontakt](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Datenschutz-Einstellungen](#)

[Barrierefreiheit](#)

[Utiq verwalten](#)

[Mediadaten](#)

TAGESSPIEGEL

